

Liebe Genossinnen und Genossen, Liebe Kolleginnen und Kollegen, Geschätzte Anwesende

Seit eineinhalb Monaten beschäftigt sich die Politik fast nur noch mit einem Thema: dem CS-Debakel. Klar, die CS musste gerettet werden. Niemand hätte ein Interesse an einem Bankrott gehabt – schon gar nicht die Angestellten, die Privatkund:innen, die KMUs, die Steuerzahler:innen, die Weltwirtschaft.

Und doch ist es unglaublich, dass diese Milliarden-Garantien ohne irgendeine Bedingung gesprochen wurden! Die zuständige Finanzministerin versuchte sogar, die Übernahme der CS durch die UBS als eine «Sache zwischen privaten Banken» abzutun. Ja, eine private Bank hat zu einem sehr lukrativen Preis eine andere private Bank gekauft. Wenn es gut läuft und Gewinne gibt, streicht die UBS diese ein. Wenn es aber schlecht läuft, kann die UBS den Steuerzahler:innen eine Rechnung von 9 Milliarden Franken schicken!

Die Top-Banker, die dieses Debakel verursacht haben, wurden jahrelang als Leistungsträger unserer Gesellschaft bezeichnet und konnten Millionen abkassieren. Was hat es mit Leistung zu tun, über Jahre hinweg 3.2 Milliarden Franken Verlust zu schreiben und gleichzeitig das Zehnfache – über 30 Milliarden Franken – an Boni auszuzahlen? Das hat nichts mit Leistung zu tun. Sondern mit organisierter Verantwortungslosigkeit, die jahrelang von einer bürgerlichen Mehrheit geschützt und ermöglicht wurde.

Die CS-Krise zeigt gut auf, für was die einzelnen Parteien stehen: Die Grünen haben völlig zu Recht eine Klimabank gefordert. Die GLP hat abgewogen und nicht wirklich klar Position bezogen. Die Mitte haben sich dazu bekannt, gesündigt zu haben und werden nun Busse tun (und das nächste Mal wohl wieder genau das gleiche machen). Die FDP hat mit dem Finger auf die bösen Manager gezeigt und Berichte im Parlament verlangt. Um die relevanten Entscheide auf nach den Wahlen zu vertagen und dann wieder die Befehle der Bankenlobby erfüllen zu können. Und die SVP? Die SVP hat gesagt, die Ausländerinnen und Ausländer im CS-Verwaltungsrat seien Schuld.

Wir von der SP stehen auf der Seite der Menschen, wenn wir uns für ein Boni-Verbot, mehr Eigenkapital-Vorschriften und stärkere Leitplanken einsetzen, damit diese schädliche Verantwortungslosigkeit, dieses ständige «Gewinne privat, Verluste dem Staat» und dieser zerstörerische Casino-Kapitalismus endlich ein Ende haben!

Es darf nicht sein, dass jedes einzelne Mal die Menschen in diesem Land das Risiko für Missmanagement und politische Fehlentscheide tragen müssen. Und sich von den gleichen Kräften, die über Nacht Milliarden-Garantien für eine Bank sprechen, täglich anhören müssen, dass für ihre Anliegen wie bezahlbare Kitaplätze, gute Renten oder mehr Prämientlastung das Geld fehle. Damit muss endlich Schluss sein!

Liebe Anwesende, es waren solche Ungerechtigkeiten, die mich vor 17 Jahren dazu gebracht haben, mich politisch zu engagieren. Weil ich das nicht mehr einfach hinnehmen wollte. Ich wusste: Alleine werde ich klein bleiben. Aber gemeinsam sind wir gross und stark. Mich beeindruckt der Mut von Menschen, die sich zusammen tun und erheben. Sie machen den Unterschied. Denn in all diesen Jahren wurde mir eines sehr bewusst:

Wir stehen heute auf den Schultern von all denen, die vor uns nicht Ruhe gegeben, sondern Partei ergriffen haben für eine soziale Schweiz.

Sie haben sich dagegen gewehrt, dass Menschen gegeneinander ausgespielt werden, wie das die SVP tut. Sie haben sich für eine Gesellschaft engagiert, in der wir einander Sorge tragen. Als Antwort auf Existenznot von vielen haben sie die AHV als wichtiges Sozialwerk des 20. Jahrhunderts gegründet, sie haben genossenschaftliche Wohnungen gebaut für ein bezahlbares Zuhause und sie haben die Krankenkasse für alle obligatorisch gemacht, weil eine Erkrankung jeden und jede treffen kann.

Diese Geschichte für eine soziale Schweiz schreiben wir weiter mit unserem Engagement. Es kann doch nicht sein, dass für so viele Menschen das Geld am Ende des Monats knapp wird, weil Löhne und Renten stagnieren und die Mieten, Nebenkosten und Krankenkassenprämien explodieren. Alle, die von ihrem Lohn oder ihrer Rente leben, leisten ihren Beitrag zu unserer Gesellschaft. Sie haben mehr Respekt vor ihrer Arbeit, egal ob bezahlt oder unbezahlt, verdient. Und es ist auch volkswirtschaftlich das einzig Vernünftige, weil 60 % unserer Wirtschaftsleistung aus dem privaten Konsum kommt – der Besuch im Restaurant, die Frühlingsferien, der Termin bei der Coiffeure. Die beste, wirkungsvollste Wirtschaftspolitik machen wir, wenn wir die Kaufkraft der Menschen stärken!

Wie machen wir das ganz konkret?

Wir ergreifen Partei für mehr Geld im Portemonnaie, indem wir die unverschämte Abzockerei bei den Mieten stoppen und für bezahlbare Mieten eintreten; und indem wir

endlich die Prämientlastung erhöhen. Heute geben neun Kantone weniger Geld aus für Prämientlastung als noch vor zehn Jahren. Obwohl die Kosten gestiegen sind und die Bevölkerung gewachsen ist.

Und wir ergreifen Partei dafür, dass es gute Renten für alle gibt mit der Initiative für eine 13. AHV-Rente. Eine Pensionskassen-Reform aber, die darin besteht, dass wir alle mehr zahlen für weniger Rente, schicken wir mit unserem Referendum zurück an den Absender! Gerade auch die Frauen, denen im AHV-Abstimmungskampf eine bessere Rente versprochen wurden, werden mit dieser Vorlage verraten!

Und das bringt mich zu einer anderen Geschichte, welche wir weiterschreiben werden: Die Geschichte der Gleichstellung. Auch hier können wir auf dem aufbauen, was mutige Frauen und Männer vor uns erreicht haben.

Nur wenige Jahre, bevor ich auf die Welt gekommen bin, wurde Gleichstellung in der Verfassung verankert. Ich ging in den Kindergarten, als Vergewaltigung in der Ehe strafbar wurde. Ich war 14, als der Schwangerschaftsabbruch legal wurde; ich feierte meinen 18ten Geburtstag, als die Mutterschaftsversicherung eingeführt wurde. Ich wurde selbst Mutter, als es endlich ein zweiwöchiger Vaterschaftsurlaub gab. Ich bin heute 35 und so vielen mutigen Menschen dankbar!

Meine Kinder sind heute sechs und eineinhalb Jahre alt – und ich sage euch: Sie sollen nicht volljährig werden müssen, bis Betroffene besser vor sexualisierter und queerer Gewalt geschützt werden, Kinderbetreuung bezahlbar wird und Frauen auch dann eine anständige Rente bekommen, wenn sie Kinder betreut und kranke Angehörige gepflegt haben. Genau dafür gehen wir gemeinsam am 14. Juni beim nächsten feministischen Streik auf die Strasse!

Doch unser Engagement für bezahlbare Mieten, gute Renten oder Prämientlastung und unser Einsatz für Gleichstellung nützen wenig, wenn wir das auf einem Planeten tun, der kaputt geht.

Klimaschutz ist die Jahrhundertaufgabe unserer Generation. Auch hier müssen wir nicht von null anfangen. Pionierinnen und Pioniere vor uns haben erreicht, dass der Wald geschützt wird, dass unsere Flüsse und Seen sauber werden, der öV ausgebaut und der Atomausstieg Realität wird. Darauf bauen wir, wenn wir mit dem Klimaschutzgesetz die Menschen dabei unterstützen, ihre alte Gas- und Öl-Heizung durch eine klimaschonende Heizung zu ersetzen,

um so das Klima zu schützen und Versorgungssicherheit zu ermöglichen. So sind wir nicht mehr erpressbar und können uns aus der Abhängigkeit von Oligarchen und Autokraten lösen. Doch das reicht nicht: wir haben mit unserem Finanzplatz einen mächtigen Hebel, um weltweit dafür zu sorgen, dass die Klimaziele erreicht werden und unser Planet nicht mehr länger kaputt gemacht wird, um den Aktiengewinn von ein paar wenigen Menschen zu erhöhen!

Kurz gesagt: Wir stehen auf den Schultern von mutigen Menschen vor uns. Und wir, wir sind die Schultern für zukünftige Generationen. Wir machen mit unserem Engagement den Unterschied.

In den kommenden Monaten entscheidet sich, welche Schweiz wir in Zukunft haben: Ist es eine Schweiz, in der Menschen gegeneinander ausgespielt werden, in der Prämien und Mieten noch weiter steigen, in der die Rechte von Frauen und queeren Menschen eingeschränkt werden und in der die Klimakrise verharmlost wird?

Oder ist es eine soziale Schweiz, in der wir füreinander Sorge tragen – egal ob mit oder ohne Schweizer Pass, eine soziale Schweiz, in der die Prämien- und Mietexplosion gestoppt werden, die Gleichstellung vorangetrieben und Klimaschutz gestärkt wird?

Gemeinsam sorgen wir dafür, dass die soziale Schweiz gewinnt.